

Ressort: Finanzen

Zahl der Privatinsolvenzen geht zurück

Berlin, 12.06.2014, 08:46 Uhr

GDN - Die Zahl der Privatinsolvenzen in Deutschland ist im ersten Quartal 2014 deutlich zurückgegangen. 29.165 Bundesbürger meldeten eine Privatinsolvenz an – das waren 12,5 Prozent weniger als im Referenzzeitraum des Vorjahres, teilte die Wirtschaftsankunft Bürgel mit.

Da der Gesetzgeber beim reformierten Privatinsolvenzverfahren ab 1. Juli 2014 eine Verkürzung der Restschuldbefreiung vorsieht, werde es ab Mitte des laufenden Jahres aber zu einer Steigerung bei den Anträgen kommen, sagte Bürgel-Geschäftsführer Norbert Sellin. Viele Betroffene zögerten aktuell das Verfahren hinaus. Die Restschuldbefreiung in drei Jahren erhalten nur Personen, die in diesem Zeitraum 35 Prozent der zur Insolvenztabelle festgestellten Schulden sowie die Gerichtskosten aufbringen können. Für das Gesamtjahr 2014 geht Bürgel von 120.000 bis 123.000 Privatinsolvenzen aus. Zum Vergleich: Das Vorjahresniveau lag bei 121.784 Fällen. "Trotz der für das zweite Halbjahr zu erwartenden Erhöhung bei den Fallzahlen sorgt die starke Binnenkonjunktur weiterhin für eine gute Verfassung der Wirtschaft", betont Sellin. Dies zeige sich daran, dass Verbraucher mehr Geld für den Konsum übrig hätten, aber auch Gefahr liefen, über Null-Prozent-Finanzierungen in die Schuldenfalle zu tappen. Über alle Altersgruppen hinweg liegt die Durchschnittsschuldenshöhe der Betroffenen bei 35.000 Euro. Die größten Gläubiger der Personen mit einer Privatinsolvenz sind Banken und Kreditinstitute, Energieversorger, Telekommunikationsunternehmen, Online- bzw. Versandhändler, Fitnessstudios, Handwerker und Behörden. Im Untersuchungszeitraum ereigneten sich im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen bei den absoluten Werten mit 7.033 Fällen am meisten Privatinsolvenzen, am wenigsten im Saarland (415). Nach den aussagekräftigeren relativen Werten, die im Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen stehen, weist Bremen die bei weitem schlechteste Insolvenztatistik auf: In der Hansestadt mussten 64 Privatpersonen je 100.000 Einwohner eine Insolvenz anmelden. Über dem Bundesdurchschnitt von 36 Fällen je 100.000 Einwohner rangieren auch Hamburg (49) und Niedersachsen (48). Besser schneidet hingegen Baden-Württemberg mit 26 Privatpleiten je 100.000 Einwohner ab – dicht gefolgt von Bayern und Thüringen (beide 27). Während in Mecklenburg-Vorpommern die Fallzahlen im Untersuchungszeitraum gegenüber dem ersten Quartal 2013 um 13 Prozent stiegen, sind die Werte in den übrigen 15 Bundesländern rückläufig. Am stärksten gingen die Fallzahlen in Baden-Württemberg um minus 21,6 Prozent zurück. Deutlich weniger Insolvenzen gab es auch in Sachsen-Anhalt (minus 17,1 Prozent) und im Saarland (minus 16,5 Prozent). Obwohl die Einwohnerzahl in Deutschland nach Geschlecht nur geringfügig abweicht (41,1 Millionen weiblich, 39,4 Millionen männlich), wurden im ersten Quartal des laufenden Jahres 17.046 Männer gegenüber 12.119 Frauen zahlungsunfähig. Im relativen Vergleich sind das 29 weibliche Bürger bezogen auf 100.000 Einwohner. Dem gegenüber stehen 43 männliche zahlungsunfähige Einwohner. Bei der Altersverteilung der betroffenen Personen liegt der höchste Anteil mit 28,8 Prozent bei den 41- bis 50-Jährigen – das entspricht 8.396 Menschen. Ihnen folgen mit einem Anteil von 25,9 Prozent die 31- bis 40-jährigen Überschuldeten. Jeder zehnte Einwohner, der private Insolvenz anmelden musste (9,9 Prozent), ist mindestens 61 Jahre alt. Bei den zahlungsunfähigen Senioren handelt es sich um 2.883 Menschen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-36082/zahl-der-privatinsolvenzen-geht-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com